

Politisches Departement,

Montag d. 28. Sept.

Unterzeichnung mit Gen.  
General v. Roder.

Neu von Unterzeichnung des Bundesvertrages mit dem russischen  
gesandtschaftsgeheimen Gen. General v. Roder vom 28. April, in  
dem dem politischen Departement mit Nachsicht zum Kenntniss des  
Bundesvertrages gebracht wurde, ist Anweisung genommen worden.

1746



# 50 Sitzung vom 29. April 1867

Auf die Frage über die Verfassungen der preussischen Regierung  
 gab Hr. General v. Räder an: der König, mit dem Minister,  
 hätten die besten Absichten zur Erfüllung des Zweckes, sofern ein  
 festes Mittel zur Befriedigung der Luxemburger Forderungen  
 bestünde. In der offiziellen Sprache bestünde unter Freundschaft, und  
 ungenügender Bedingung, nach Mittheilungen gegen Frankreich, aber nicht  
 Lüge in Deutschland sein Fall. Als Hr. v. Räder Preussen vorsetzte,  
 sei es nicht alles auf dem vollkommensten Stande, sondern  
 seien. Die preussische Regierung wolle den Krieg nicht, weil sie  
 in den Verfassungskritiken und Folgen kommen. In Berlin bestünde kein  
 Zweifel über unsere Handlungsweise, Preussen sei unabhängig, und  
 größtentheils durch die Hände der Handwerker oder  
 auf eine wenig falkbare andere Weise sei angeordnet, so befürchte  
 sich mit dem was es sei und fürchte nicht weiter. Auf die andere  
 Seite sagten sie es der Gegenwart einen Act. Ueberzeugung und  
 es gab Mangel, welche darauf warteten zu erfahren, ob es eine  
 preussische Zukunft, Politik füllige und nicht auf zügeln  
 von Deutschland nachzugehen, sondern lediglich für sich selbst  
 sein würde. Man könne Preussen Luxemburg nicht aufgeben, aber  
 gar in der Anknüpfung an Belgien willigen. Luxemburg  
 müsste auf diese oder jene Art mit Deutschland verbunden bleiben.  
 Als man eingewilligt habe es immerhin ein präzisestes Mittel, diesen  
 Spezialfall zu erledigen, wenn Preussen nicht zu befürchten hätte,  
 dass die Frage nicht ein Normales sei, auf welchen dem untrüben  
 gehen folgen würden, und man nicht die Verfassungskritiken  
 Preussen fürchte, dass man einen Konflikt fürchte, wenn es keine die  
 innere Situation Frankreichs und den Staat der Fortschritt, welche  
 das Merkmal der Anfang auf eine unabsehbare Politik führung. Es  
 aber gab allein die Luxemburger Frage gerade in dem Augenblicke  
 für die Verfassungskritiken, wie Deutschland aller seiner Kräfte zur  
 Unterstützung und Unterstützung bedürfte. Preussen könne die  
 Bedingungen Frankreichs, die Bedingungen seiner Monarchie, die  
 Verfassung von Mexiko und  
 Spanien, sogar von Ungarn herauf, die Lage der Schweiz  
 exemplarisch sein, wenn diese fortbestehen würde, so dürfte in  
 kurzer Zeit einigen  
 Mangel eine Lösung für die von Frankreich verlangt werden.  
 Dieser Zustand könne nicht lange fortbestehen. Preussen wolle  
 im besten Interesse zu kommen, aber die preussische Regierung  
 sei es nicht früher oder später kommen.

Auf

# 50. Sitzung vom 29. April 1867

---

Auf die Frage über die Dispositionen und Abgaben der prän-  
 zipal Regierung gegenüber der schweizerischen Nationalität,  
 so fragen der König und der Minister der kantonen Abgaben und  
 1. Hr. v. Röber sei beauftragt, zu erklären, wie man den Schwed-  
 enpositionen, voranzugeht, in der Hinsicht auf lokale Abgaben mittel  
 bleibt und festhält vorzuführen.

Diese Erklärung gab der Hr. General bei Anlaß der Übergabe  
 seiner Anträge beim Minister.

Protokollauszug aus dem Protokoll zur Verhandlung.